



Niederschrift

4. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. November 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Abstimmungsergebnis:

Geschäftsordnungsantrag abgelehnt

Der Vorsitzende: Liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen, werte Frau Erste Bürgermeisterin, werte Bürgermeister*innen und Kolleg*innen. Ich darf die Geschäftsführungen, Ortsvorsteher*innen, Amtsleitungen, Mitarbeitende alle ebenso herzlich begrüßen wie die Vertreter*innen der Medien und unserer Bürgervereine vorne in der ersten Reihe auf dem Balkon sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger. Herzlich willkommen zu unserer Gemeinderatssitzung.

Entschuldigt sind Herr Bürgermeister Dr. Käuflein sowie die Kolleginnen und Kollegen Nguyen, Bauer, Dujmović, Dr. Fechner, Kehrle, und es gibt einige, die die Sitzung früher verlassen. Da bitte kurz, dass wir das von den Sitzungsdiensten her mitbekommen. Frau Ortsvorsteherin Tron ist ebenso entschuldigt wie Frau Ortsvorsteherin Eßrich. Geburtstag haben wir heute keine.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir den Tagesordnungspunkt 14 vertagt haben. Das ist der Tagesordnungspunkt, der sich mit dem Karlsruher Verkehrsverbund, gemeinsame Absichtserklärung der Gesellschafter zur Erweiterung des Verbundgebiets, beschäftigt. Der ist auf den Haupt- und Finanzausschuss im Dezember noch einmal zur Vorberatung verwiesen. Ich darf darauf hinweisen, dass es ergänzende Tagesordnungspunkte mit 22.1 und 25.1 gibt sowie ganz aktuell einen Änderungsantrag zu TOP 6 und zu TOP 9, das zur Tagesordnung.

Hier ein Geschäftsordnungsantrag, Herr Stadtrat Dr. Schmidt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Gestern ist die Pressemitteilung vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof bekannt geworden. Der hat geurteilt, dass Nürnberg aus der Allianz gegen Rechtsextremismus austreten muss, und aus unserer Sicht hat sich damit eine geänderte Lage ergeben, denn in dieser Pressemitteilung wird wiedergegeben, dass das Gericht argumentiert hat, dass die Stadt Nürnberg, ohne dass sie finanziell involviert ist, allein durch die Unterstützung dieses Vereins ihre Neutralitätspflicht verletzt und dass sie deswegen aus dieser Allianz gegen Rechtsextremismus austreten muss. Wir sind der Meinung, dass dadurch jetzt neue Tatsachen entstanden sind - weil das erst seit gestern bekannt ist, und dass die Verwaltungsantwort beim TOP 25 anders ausfallen würde, wenn sie heute

geschrieben würde, als die, die uns vorliegt. Und vor diesem Hintergrund beantragen wir den TOP 25, Beitritt zum Bündnis für Demokratie und Menschenrechte, zu vertagen.

Der Vorsitzende: Gibt es eine formale Gegenrede bzw. Gegenantrag? Ja, okay, es gibt einen Antrag. Dann stelle ich diesen Geschäftsordnungsantrag jetzt zur Abstimmung und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt und der Tagesordnungspunkt bleibt weiter auf der Tagesordnung

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
2. Dezember 2024